

## 680024-2026 - Wettbewerb

**Deutschland – Bauleistungen im Hochbau – Stadt Bochum: Totalunternehmer / Totalübernehmer  
Sonnenschule, Lange Malterse 18  
OJ S 191/2026 02/10/2026  
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Bauleistungen**

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bochum

E-Mail: [stefan.mager@luther-lawfirm.com](mailto:stefan.mager@luther-lawfirm.com)

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Stadt Bochum: Totalunternehmer / Totalübernehmer Sonnenschule, Lange Malterse 18

Beschreibung: Die Stadt Bochum (nachfolgend "Auftraggeber") steht als Schulträger vor der Herausforderung, dem stetig wachsenden Raumbedarf aufgrund der steigenden Schulanmeldungen im Bochumer Stadtgebiet zu entsprechen. In diesem Zusammenhang herrscht - neben dem Erfordernis an Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen bereits bestehender Schulgebäude - ein erheblicher Bedarf an der Schaffung neuer Sport- und Lernräume. Dabei ist der Auftraggeber nach dem Schulgesetz verpflichtet, Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Zur Erfüllung dieser ihr gesetzlich obliegenden Pflicht plant der Auftraggeber dem wachsenden Raumbedarf im Rahmen eines umfassenden Schulbau- und Schulmodernisierungsprogramm zu begegnen. Dieses beinhaltet erforderliche Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen für 27 schulische Einrichtungen. Das Programm umfasst dabei alle Schularten und bezieht sich auf Grund-, Förder- und weiterführende Schulen. Eingebettet in dieses Schulbauprogramm soll nun die Erweiterung und der Umbau der Sonnenschule, Lange Malterse 18, 44795 Bochum erfolgen. Die bauliche Erweiterung sowie der Umbau der Sonnenschule soll durch einen Totalunternehmer / Totalübernehmer erfolgen. Die Sonnenschule ist eine vierzünftig geplante Grundschule im Bochumer Stadtteil Weitmar. Das Schulgelände umfasst ein bestehendes Schulgebäude (ca. 900 m<sup>2</sup> bebaute Fläche), eine Sporthalle (ca. 500 m<sup>2</sup>) sowie ausgedehnte Schulhof- und Grünflächen. Das Bestandsgebäude ist nicht barrierefrei erschlossen. Die vorhandene Schüleranzahl von 206 SuS (SJ 2023/24) wird bis zum Schuljahr 2030/31 auf prognostizierte 276 SuS anwachsen. Die bestehenden Unterrichts- und OGS-Flächen sind für diesen Bedarf nicht ausreichend. Der Erweiterungsbedarf ergibt sich sowohl im Unterrichtsbereich (+4 Unterrichtsräume) als auch im OGS-Bereich (+142 m<sup>2</sup>). Die geplante Maßnahme soll in drei Schritten realisiert werden: Schritt 1: Temporäre Containeranlage (Nutzung ab SJ 2025/26) / bereits erfolgt Schritt 2: Neubau Cluster (Nutzung ab SJ 2030/31) Der Neubau ist gemäß der beiliegenden Machbarkeitsstudie angedacht als zwei- bis dreigeschossiger Baukörper in L-förmiger Kubatur entlang der Straße Lange Malterse und am Eingang des Schulhofs. Ziel ist eine kompakte Bebauung, die den Schulhof möglichst wenig zerstückelt und den vorhandenen Baumbestand weitgehend erhält. Schritt 3: Umbau / Umnutzung Bestand (nach Fertigstellung

Neubau) Die Umbaumaßnahmen im Bestand beinhalten im Wesentlichen die Umnutzung einzelner Räume im Untergeschoss, Erdgeschoss und im 1.Obergeschoss. Gleichzeitig ist die Herstellung der südlichen, befestigten und unbefestigten Schulhoffläche nach der Fertigstellung des Neubaus vorgesehen. Dies umfasst ca. 2.245 m<sup>2</sup> Fläche. Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung ist die Planung und Errichtung der baulichen Erweiterung inklusive vorbereitender Arbeiten gemäß der Beschreibung der Schnittstellen der Ausführung in der funktionalen Leistungsbeschreibung. Die vollständige funktionale Leistungsbeschreibung wird mit Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt. Aus dieser werden die planerischen Schnittstellen zwischen den verschiedenen Disziplinen, Gewerken und Fachbereichen zu entnehmen sein. Mit dieser EU-weiten Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb eingeleitet. Weitere Informationen sind den auf der Vergabepattform zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Kennung des Verfahrens: 3c2529a3-4cab-4e11-8341-bb48e76d3802

Interne Kennung: StBo\_LUT\_2026\_0003\_VVmTNW\_ZD

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: 1. Das vom Auftraggeber durchgeführte Verfahren ist ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe der VOB/A 2. Abschnitt (EU). Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ist gemäß § 3a Abs. 2 Nr. 1 lit. a und lit. c VOB/A EU zulässig, da es sich um ein komplexes Vorhaben auf Basis einer funktionalen Leistungsbeschreibung handelt. Für eine erfolgreiche Leistungserbringung ist der Auftraggeber auf die Expertise des Marktes angewiesen. Die vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz des Verfahrens und der Gleichbehandlung aller Bewerber und Bieter werden im gesamten Verfahren streng beachtet. 2. Die mit dieser Bekanntmachung zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen enthalten weitere Informationen zum Teilnahmewettbewerb, insbesondere Angaben zu Eignungs- und Reduzierungskriterien. Die Vergabeunterlagen sind von Beginn des Verfahrens an über die angegebene Internetplattform abrufbar. 3. Die weiteren Vergabeunterlagen, die zur Einreichung eines Teilhmeantrags nicht erforderlich sind, werden erst mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Hierzu zählen insbesondere die Angebotsbedingungen zur näheren Konkretisierung der Zuschlagskriterien sowie die Funktionale Leistungsbeschreibung. 4. Diese Bekanntmachung leitet den vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb ein. Die für die Teilnahme am Verfahren erforderlichen Formulare können über den angegebenen Link heruntergeladen werden. 5. Im Anschluss an den Teilnahmewettbewerb werden die ausgewählten Bewerber zur Abgabe eines Angebotes auf Basis der Vergabeunterlagen aufgefordert. 6. Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. ---- Fortsetzung unter zusätzliche Informationen ----

#### **2.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45210000 Bauleistungen im Hochbau

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45214200 Bauarbeiten für Schulgebäude, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

#### **2.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Lange Malterse 18

Stadt: Bochum

Postleitzahl: 44795

### 2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1,00 EUR

### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4D6VM24C# ---- Fortsetzung der wichtigsten Merkmale ---- 7. Erfolgt keine Zuschlagserteilung auf das Erstangebot, behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern. Diejenigen Bieter, die zunächst nicht in die engere Wahl kommen und nicht zu einem Bietergespräch eingeladen werden, werden nicht sogleich vom Verfahren ausgeschlossen, sondern "on hold" gestellt. Diese Bieter bleiben an ihr Angebot gebunden und behalten die Chance zu einem verbesserten Angebot, falls sich ergibt, dass den zunächst in die engere Wahl gelangten Bietern der Zuschlag - gleich aus welchem Grund - nicht erteilt werden kann. 8. Der Auftraggeber hat sich dazu entschieden, den Auftrag nicht in Lose aufzuteilen, sondern die begehrten Leistungen im Rahmen einer Gesamtvergabe an einen Totalübernehmer / Totalunternehmer zu vergeben. Vorliegend überwiegen technische Gründe nach § 5a Abs. 2 VOB/A EU (§ 97a Abs. 2 GWB) dem Gebot zur Losaufteilung aus § 5a Abs. 1 VOB/A EU (§ 97a Abs. 1 GWB). Die Gründe für die Gesamtvergabe sind in einem umfassenden Vermerk niedergelegt, einige der maßgeblichen technischen Gründe werden an dieser Stelle dargestellt: Der Auftraggeber ist vorliegend angehalten, etwaige Bauverzögerungen, die aus einer Losbildung erwartbar resultieren würden, insbesondere aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrsraums zu vermeiden. Dies begründet sich durch das bauliche Umfeld. Denn aufgrund der räumlichen und baulichen Verhältnisse steht nur eine beengte Fläche zur Baustelleneinrichtung zur Verfügung. Dahingehend ist zunächst zu beachten, dass sich der Baubereich unmittelbar angrenzend an die Stadtautobahn A448 befindet. Die Sonnenschule befindet sich demnach bereits im Umfeld eines erhöhten Verkehrsaufkommen. Es handelt sich um einen Bereich, der aufgrund der engen städtischen Bebauung dem Auftragnehmer wenig Raum zur Durchführung der anfallenden Bauarbeiten bietet. Das Schulgelände der Sonnenschule ist im Wesentlichen umgeben von einem Wohngebiet und der Straße Lange Malterse, über welche auch die einzige Zufahrtsmöglichkeit zum Schulgelände besteht. Die Anlieferung von Baustoffen mittels Sattelschleppern kann nur über die nördliche Seite der Langen Malterse erfolgen. Südlich der Sonnenschule befindet sich die Weitmarer Straße, dabei handelt es sich allerdings um eine ausgewiesene Fahrradstraße, die für die Baustellenlogistik damit nicht nutzbar ist. Der nordwestlich vom Baufeld befindliche evangelische Kindergarten ist ebenfalls nur über die Lange Malterse erreichbar. Insbesondere in den Morgen- und Nachmittagsstunden teilen sich die Sonnenschule und der evangelische Kindergarten die Lange Malterse. Zusätzlich entsteht ein "Nadelöhr" durch den erforderlichen An- und Abtransport zur Baustelle auf dem Grundstück der Sonnenschule. Ferner handelt es sich bei den betroffenen Straßenabschnitten um solche, die keinen breitflächigen Straßenverlauf aufweisen. Der gesamte An- und Ablieferungsverkehr müsste somit über eine einzige Zufahrt auf der Langen Malterse erfolgen. Überdies liegt das Baufeld im südöstlichen Bereich des Grundstücks. Erschwerend hinzu kommt der Umstand, dass alle Umbauabschnitte unmittelbar an die bestehende, städtische Bebauung angrenzen, wodurch der Umbaubereich nochmals räumlich eingeraht wird. Somit besteht im Rahmen der Baumaßnahmen ein erhöhter Koordinierungsaufwand hinsichtlich der Anlieferung und Lagerung von Baumaterialien sowie der Durchführung von etwaigen Bauarbeiten. Die Baustelle ist aufgrund enger Logistikbedingungen und eines eingeschränkten

Zugangs zur Baustelleneinrichtung (BE) nur schwer erreichbar. Aufgrund der engen räumlichen Straßenverhältnisse ist während der Bauzeit daher mit einer erheblichen Beeinträchtigung des Verkehrsflusses angrenzender Straßen zu rechnen. Dies wiegt umso schwerer, als es sich beim Schulgelände - insbesondere in den Morgen- und Nachmittagsstunden - um einen stark frequentierten Verkehrsknotenpunkt handelt. Anderweitige Umleitungsmöglichkeiten bestehen nicht. Die mit einer Losvergabe verbundene Bauverzögerung verbietet sich auch vor dem Hintergrund der Verkehrssicherheit für die Schülerinnen und Schüler der Sonnenschule. Eine Behinderung des Verkehrsflusses führt auch ferner zu einer eingeschränkten Zufahrtmöglichkeit für Rettungsfahrzeuge sowie Fahrzeuge der Feuerwehr. Dementsprechend besteht während der Auftragsdurchführung der Bauleistungen ein erhebliches Risiko dahingehend, dass Rettungskräfte Unfallorte im Umfeld zur Baustelle nur eingeschränkt oder verzögert erreichen können. Dieses Risiko wiegt umso schwerer, als dass es sich bei dem Baugelände um ein Schulgelände und mithin um einen Ort handelt, bei dem - seiner Natur nach - ein erhöhtes Verletzungspotential besteht. Insoweit ist der Auftraggeber gehalten, die mit einer Losbildung einhergehenden Bauzeitverzögerungen und Beeinträchtigungen des Rettungsweges auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Zusätzlich ergibt sich ein Erfordernis zur Reduzierung von Bauverzögerung aus Gründen des Lärmschutzes. Das bauliche Umfeld des Schulgeländes ist überwiegend durch Wohnhäuser geprägt. Mithin ist die mit der Auftragsdurchführung verbundene Lärmbelästigung in zeitlicher Hinsicht bestmöglich zu beschränken, um insbesondere die angrenzende Nachbarschaft sowie den laufenden Schulbetrieb nicht zu beeinträchtigen. Die Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen an einen Totalübernehmer / Totalunternehmer gewährleistet durch eine integrierte Planung und Bauausführung eine effiziente Umsetzung, bei der alle logistischen und verkehrstechnischen Herausforderungen berücksichtigt werden können. Hierdurch minimiert sich die Beeinträchtigung der Verkehrs- und Wohnumgebung und sorgt für einen sicheren Schulbetrieb während der Ausführung der Bauleistungen. 9. Auf die Ausführungsbestimmungen nach dem TVgG NRW wird hingewiesen. Diese werden als besondere Vertragsbedingungen der Vergabeunterlagen beigelegt. 10. Der Auftraggeber ist im Rahmen des Vergabeverfahrens gehalten, personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu speichern. Weitere Informationen sind dem Dokument "Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten" zu entnehmen. 11. Auskunftersuchen des Interessenten sind ausschließlich über die Vergabeplattform an den Auftraggeber zu richten. Andere Stellen dürfen keine Auskünfte erteilen. Dennoch anderweitig erlangte Auskünfte sind unbeachtlich.

#### **Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

#### **2.1.6. Ausschlussgründe**

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0001

Titel: Stadt Bochum: Totalunternehmer / Totalübernehmer Sonnenschule, Lange Malterse 18  
Beschreibung: Der Auftraggeber weist darauf hin, dass bereits ein Multiprojektmanagers zur Koordinierung der 27 Einzelprojekte beauftragt wurde.  
Interne Kennung: StBo\_LUT\_2026\_0003\_VVmTNW\_ZD

#### 5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen  
Haupteinstufung (cpv): 45210000 Bauleistungen im Hochbau  
Zusätzliche Einstufung (cpv): 45214200 Bauarbeiten für Schulgebäude, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

#### Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Abschluss eines Stufenvertrages ist beabsichtigt. Mit Zuschlagserteilung sollen die Planungsleistungen aller Grundleistungen und Besonderen

Leistungen der einschlägigen Leistungsbilder der HOAI, soweit sie für die Errichtung des Projekts erforderlich sind, bis einschließlich Leistungsphase 4 beauftragt werden. Die Leistungen der Leistungsstufe 2: - Planungsleistungen aller erforderlichen Grundleistungen und Besonderen Leistungen der einschlägigen Leistungsbilder der HOAI ab Leistungsphase 5 nach § 4.2 in Verbindung mit § 6 dieses Vertrages, - Bauleistungen, sowie die Leistungen der Leistungsstufe 3 (Wartungsleistungen) werden nur auf Abruf des Auftraggebers beauftragt. Nähere Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen, konkret dem Totalunternehmervertrag / Totalübernehmervertrag zu entnehmen. Dieser ist für die Einreichung eines Teilnahmeantrags noch nicht relevant. Den Bietern wird mit dem Teilnahmeantrag ein erster Entwurf zur Verfügung gestellt.

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Lange Malterse 18

Stadt: Bochum

Postleitzahl: 44795

Land, Gliederung (NUTS): Bochum, Kreisfreie Stadt (DEA51)

Land: Deutschland

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Andere Laufzeit: Unbekannt

#### **5.1.4. Verlängerung**

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftrag ist durchzuführen, bis sämtliche geschuldete Leistungen durch den Auftragnehmer erbracht und abgenommen wurden. Daher ist die Angabe der "Maximalen Verlängerung" hypothetisch. Maßgeblich ist die Laufzeit in dem Vertrag, welcher Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

##### **Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Alle geforderten Nachweise und Erklärungen sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft sind sämtliche unter diesem Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" aufgeführten Unterlagen jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Die unter den Abschnitten "Technische und berufliche Leistungsfähigkeit" und "Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit" aufgeführten Unterlagen können für eine Bewerbungsgemeinschaft insgesamt vorgelegt werden. Die Vergabestelle behält sich vor Zuschlagserteilung vor, Führungszeugnisse sowie Gewerbezentralregisterauszüge zu fordern. In jedem Fall erfolgt vor Erteilung des Zuschlags eine Abfrage bei dem Wettbewerbsregister. Ausländische Bewerber haben gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes beizubringen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. Folgende

Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 1. Soweit zutreffend: Bewerbergemeinschaftserklärung. Hierfür ist das Formular I "Erklärung der Bewerbergemeinschaft" zu verwenden; 2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB. Die Erklärung kann durch die Abgabe des den Vergabeunterlagen beigefügten Formulars II "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" erbracht werden; 3. Aktueller Auszug aus dem Handels- oder Berufsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Herkunftslandes. Falls keine Eintragungspflicht im Handelsregister besteht, eine formlose Erklärung, weshalb für den Bewerber keine Eintragungspflicht besteht nebst Angaben zu vertretungsberechtigten Personen. 4. Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG. Hierfür ist das Formulars III "Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG" zu verwenden. 5. Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022. Hierfür ist das Formular IV "Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, in der jeweils geltenden Fassung (zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025)" zu verwenden. 6. Eigenerklärung zur Einhaltung der Bestimmungen des LkSG. Hierfür ist das Formular V. "Eigenerklärung LkSG" zu verwenden.

#### Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Berufliche Risikohaftpflichtversicherung" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 7. Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufs- / Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 5 Mio. EUR für Sach- und Personenschäden (2-fach maximiert) und 5 Mio. EUR für Vermögensschäden (2-fach maximiert) oder eine entsprechende Absichtserklärung, das ein Abschluss im Falle der Zuschlagserteilung erfolgen wird. Hierfür ist das Formular VI "Eigenerklärung zu der Berufs- / Betriebshaftpflichtversicherung" zu verwenden. Mindeststandards: Die vorgenannte Anforderungen sind Mindestanforderungen und somit zwingend zu erfüllen.

#### Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Durchschnittlicher Jahresumsatz" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 8. Eigenerklärung zum Umsatz im Leistungsbereich Bauleistungen im Hochbau, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. Mindestanforderungen: Der Bewerber muss folgenden Mindestanforderungen erfüllen: Ein Mindestumsatz im Leistungsbereich Bauleistungen im Hochbau von mindestens 10 Mio. EUR (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren muss im Mittel erreicht oder überschritten worden sein. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Zudem ist der Umsatz des Bewerbers im Leistungsbereich Bauleistungen im Hochbau in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Mittel im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Hierfür ist das Formular VII "Eigenerklärung zu den Umsätzen" zu verwenden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 5,00

#### Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Durchschnittliche jährliche Belegschaft" sind im Falle einer Bewerbergemeinschaft jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 9. Eigenerklärung zum Unternehmen mit Ausführungen zu folgenden Angaben: (i) Hauptsitz des Unternehmens, (ii) Gründungsjahr, (iii) Gesellschafter und Konzernzugehörigkeit, (iv) Standorte, von denen der Auftrag umgesetzt werden tätigen, (v) Aufstellung der Mitarbeitenden nach Berufsgruppen unterteilt. Die Angaben zum Unternehmen sind rein informatorisch. Hierfür ist das Formular VIII "Eigenerklärung zum Unternehmen" sowie ein eigens erstelltes Organigramm zu verwenden und vollständig auszufüllen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind sämtliche unter diesem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Arbeiten" geforderten Erklärungen und Nachweise vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 10. Jeder Bewerber muss eine Eigenerklärung über mindestens eine Unternehmens-Referenz einreichen, die folgende Mindestanforderungen (a) - (c) kumulativ erfüllt: (a) Schlüsselfertiger Neubau eines Gebäudes als General- oder Totalunternehmer. (b) Das Gebäude hatte mindestens eine Größe von 1.000 m<sup>2</sup> BGF (ohne Tiefgarage). (c) Die Schlussabnahme des fertiggestellten Gebäudes muss erfolgt sein und darf nicht vor dem 1. Februar 2020 erfolgt sein. Zusätzlich ist anzugeben, ob die eingereichte Unternehmens-Referenz folgende Zusatzanforderungen erfüllt: (d) Bei dem fertiggestellten Gebäude handelt es sich um eine Schule oder eine anderweitige öffentliche Bildungseinrichtung. (e) Die erbrachten Bauleistungen wurden parallel zum laufenden Schulbetrieb umgesetzt. Zum Nachweis ist für jede Referenz eine aussagekräftige Kurzbeschreibung des Auftragsinhalts einzureichen. Zudem sind folgende Informationen vollständig und eindeutig darzustellen: Auftrags-/Projektbezeichnung, Art der Leistung, Referenzgeber, Ausführungszeitraum Beginn und Ende (Angabe jeweils Monat/Jahr). Hierfür ist das Formular IX.1 "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Neubau" zu verwenden. Mindestanforderungen: Es ist mindestens eine Unternehmens-Referenz einzureichen, die die festgelegten Mindestanforderungen (a) - (c) kumulativ erfüllt. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Die Erfüllung der Zusatzanforderungen (d) und (e) ist lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Ferner ist die Anzahl der eingereichten Referenzen im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 20,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind sämtliche unter diesem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" geforderten Erklärungen und Nachweise vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 11. Jeder Bewerber muss Eigenerklärungen über mindestens zwei Unternehmens-Referenzen einreichen, die jeweils kumulativ folgende Mindestanforderungen (a) - (e) erfüllen: (a) Die Erbringung von Architektenleistungen (Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß § 34 i.V. m. Anlage 10 HOAI); (b) im Zuge des Neubaus

einer Schule oder anderweitigen, öffentlichen Bildungseinrichtung, (c) wobei das Gebäude mindestens eine Größe von 1.000 m<sup>2</sup> BGF (ohne Tiefgarage) hatte. (d) Es müssen mindestens Planungsleistungen in den Leistungsphasen 2 - 5 gemäß HOAI erbracht worden sein. (e) Die Objektplanungsleistungen müssen abgenommen sein und eine Abnahme darf nicht vor dem 1. Februar 2020 erfolgt sein. Zum Nachweis ist für jede Referenz eine aussagekräftige Kurzbeschreibung des Auftragsinhalts einzureichen. Zudem sind folgende Informationen vollständig und eindeutig darzustellen: Auftrags-/Projektbezeichnung, Art der Leistung, Referenzgeber, Ausführungszeitraum Beginn und Ende (Angabe jeweils Monat /Jahr). Hierfür ist das Formular IX.2 "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Objektplanung" zu verwenden. Mindestanforderungen: Es sind mindestens zwei Unternehmens-Referenzen einzureichen, die jeweils die festgelegten Mindestanforderungen (a) - (e) kumulativ erfüllen. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Ein Bewerber kann andere Unternehmen als Unterauftragnehmer und/oder Eignungsverleiher einsetzen. Diese sind im Angebot unter Verwendung von Formular X zu benennen. Fall 1: Für die Benennung eines Unterauftragnehmers ohne Eignungsleihe hat der Bewerber zusätzlich für jeden Unterauftragnehmer einzureichen: die zum Nachweis der Zuverlässigkeit und Gesetzestreue des Unterauftragnehmers unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I, IV und V. Fall 2: Für die Benennung eines Unternehmens als Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe bezogen auf die technische oder berufliche Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Referenzen zu bestimmten Arbeiten" bezeichnete Unterlage (Formular IX.1 "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Neubau") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" bezeichnete Unterlage (Formular IX.2 "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Objektplanung") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (iii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I, IV und V auch von diesem benannten Dritten, (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XI. Hinweis zu Fall 2: Ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung, für die diese Kapazitäten benötigt werden, tatsächlich erbringen werden. Fall 3: Für die Benennung eines Unternehmens als Eignungsverleiher bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Durchschnittlicher Jahresumsatz" bezeichnete Unterlage (Formular VII "Eigenerklärung zu den Umsätzen") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I, IV und V auch von diesem benannten Dritten, (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XII. Hinweis zu Fall 3: Das Unternehmen wird in haftungsrechtlicher Hinsicht mit dem Zuschlagsempfänger als Gesamtschuldner behandelt. Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen nicht nur ein

selbständiges, von dem Bewerber rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Reduzierungskriterien: Nach der Eignungsprüfung aller Teilnahmeanträge durch den Auftraggeber sollen höchstens fünf Bewerber zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden. Die Auswahl erfolgt anhand der folgenden Kriterien: 1. Umsatz des Unternehmens im Leistungsbereich Bauleistungen im Hochbau in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Mittel (insgesamt können maximal 5 Punkte erreicht werden). 2. Anzahl und Inhalt der wertungsfähigen mit Formular IX.1 "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Neubau" eingereichten Referenzen (insgesamt können maximal 20 Punkte erreicht werden). Sollten mehrere Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften auf Rang 5 die gleiche Punktzahl erreichen, ist die Anzahl der mit Formular IX.1 "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Neubau" eingereichten Unternehmens-Referenzen maßgeblich, die jeweils kumulativ die festgelegten Mindestanforderungen (a) - (c) erfüllen. Besteht sodann weiterhin Punktgleichheit, entscheidet das Los. Weitere Informationen sind der Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags zu entnehmen.

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

**5.1.10. Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Eine Konkretisierung des Zuschlagskriteriums ist dem Dokument "Angebotsbedingungen" zu entnehmen. Dieses wird mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

**Kriterium:**

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Eine Konkretisierung des Zuschlagskriteriums ist dem Dokument "Angebotsbedingungen" zu entnehmen. Dieses wird mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

**5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/10/2026 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6VM24C/documents>

**Ad-hoc-Kommunikationskanal:**

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6VM24C>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6VM24C>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 03/11/2026 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Klarstellung: Mit dem vorstehenden Satz "Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen." ist Folgendes gemeint: Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen oder zu vervollständigen oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen (vgl. § 16 a EU Abs. 1 S. 1 VOB/A). Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 16 a EU Abs. 2 S. 2 VOB/A).

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Vertragsentwurf und die Bestimmungen des TVgG NRW.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

**5.1.15. Techniken****Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen c/o Bezirksregierung Münster

Informationen über die Überprüfungsfristen: 1. Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnisaufnahme rügen. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber zu rügen. 4. Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. § 160 Abs. 3 S. 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über die E-Vergabeplattform) der Information nach 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Gemäß § 135 Abs. 1 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1) gegen § 134 GWB verstoßen hat oder 2) den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. Gemäß § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Bochum

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Bochum

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bochum

Registrierungsnummer: 05911-31001-89

Postanschrift: Universitätsstraße 43-49

Stadt: Bochum

Postleitzahl: 44789

Land, Gliederung (NUTS): Bochum, Kreisfreie Stadt (DEA51)

Land: Deutschland

E-Mail: [stefan.mager@luther-lawfirm.com](mailto:stefan.mager@luther-lawfirm.com)

Telefon: 0201922024014

Fax: 02019220110

Internetadresse: <https://www.bochum.de/>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

### 8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen c/o Bezirksregierung Münster

Registrierungsnummer: DE164242157

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de](mailto:vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de)

Telefon: +49 251411-1604

Fax: +49 251411-2165

Internetadresse: [https://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft\\_finanzen\\_kommunalaufsicht/vergabekammer\\_westfalen/index.html](https://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/index.html)

#### **Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

### 8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

#### **Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 84f8bc11-4e37-42f1-88a9-679878156cc5 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/10/2026 11:25:26 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 680024-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 191/2026

Datum der Veröffentlichung: 02/10/2026